



Das Feuilleton

ZEITUNG FÜR DEBATTE, KULTUR, MEDIEN UND ZEITGESCHEHEN



Souvenirs, Souvenirs

Paris bleibt da, der Eiffelturm kommt mit – schon Goethe wusste um den Zauber des Reiseandenkens. SEITE 25

Foto: Marcus Brandt / dpa / picturedesk.com



DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRATEN

WÄHLEN WÄHLEN. Am 29. September wählt Österreich einen neuen Nationalrat. Doch viele haben gar kein Interesse mehr an der Mitgestaltung der Politik. Die Wahlbeteiligung sinkt kontinuierlich, nicht nur in Österreich, sondern überall. Michael Jennewein vom wissenschaftlichen Projekt „Demokratie der Zukunft“ weiß, dass es vor allem Menschen aus dem untersten Einkommensdrittel sind und Personen, die in nicht-akademischen Berufen tätig sind, die nicht mehr wählen gehen. In seinem Gastkommentar erläutert er die Gründe – und Folgen. Dass der Satz „Auf mich kommt's nicht an“ eine immer größere Verbreitung erfährt, konstatiert auch Heide Schmidt in ihrem Beitrag. In ihrem Appell für eine Demokratie, in der sich jeder Einzelne seiner Verantwortung – und seiner Möglichkeiten – bewusst sein sollte, stellt sie auch die Frage: „Kann man wirklich reinen Gewissens das Feld den Zornigen überlassen, die aus Unzufriedenheit das ‚alte System‘ zerstören wollen, ohne zu bedenken, wie denn ein neues aussähe und was das für die Menschen bedeuten würde?“

Seiten 4 und 5

ENTRÉE: Man legt sich nicht mit Katzenladys an

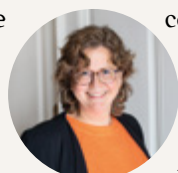
Am 13. Juli war für alle mehr oder weniger selbsternannten US-Politikexperten klar: Die Wahl ist gelaufen. Donald Trump wird als wundersam einem Attentat entkommener Messias zu einer zweiten Amtszeit antreten – so wahr ihm seine medienwirksam in die Höhe gestreckte Faust helfe. Ein paar Wochen später ist von dem Anschlag keine Rede mehr, selbst die stupidesten Anhänger haben ihre solidarischen Ohrbinden wieder abgenommen. Nicht zuletzt hat sich das Match verändert, weil Trump eine andere Gegnerin hat als zum Zeitpunkt des Attentats. Kamala Harris, zu der Trumps Vize J.D. Vance nur eingefallen ist, dass sie kein Land führen sollte, weil sie eine „childless cat lady“, also eine kinderlose Frau mit Katzen sei.

Das hat er wohl witzig gemeint, aber seine strategischen Berater werden zusammengesetzt sein. Denn eins sollte heutzutage klar sein: Man legt sich nicht mit Katzen an. Und

schon gar nicht mit deren zugehörigen Futterspendern. In den USA hat die Katze den weltweit größten Beliebtheitsgrad – neben China und Russland. Was bedeutet, dass sehr viele Menschen Katzen als Haustiere halten – und diese Menschen können Wähler sein. Wählerinnen, um genau zu sein.

Natürlich nahm sich die Internet-Katzencommunity der Vance-Aussage an und zeigte spielerisch („Yes, we cat“), wie viele Sympathien er verspielt hat.

Wer hinter die Flapsigkeit blickt, der oder besser gesagt *die* sieht natürlich, dass die Aussage vor allem eines ist: frauenfeindlich. Das ist keine große Überraschung für alle, die sich schon einmal mit der Trump-Mentalität beschäftigt haben. Es ist trotzdem interessant, dass ein republikanischer Vizepräsidentschaftskandidat der Meinung ist, es sei in Ordnung, auf eine bestimmte Zielgruppe zu verzichten, nämlich auf alle, die er abschätzig „childless cat ladies“ nennt. Er übersah, dass nicht nur Katzen-



liebe parteiübergreifend ist, sondern dass es auch in beiden Lagern Kinderlosigkeit gibt. Die im Übrigen nicht immer freiwillig ist. Abgesehen von organischen Gründen: In den USA sagt die Mehrheit der jungen Frauen, die sich gegen Kinder entscheiden, dass sie sich ohne Nachwuchs ein besseres Leben leisten können – was bedeutet, sie könnten sich ein gutes Leben für ihren Nachwuchs nicht leisten.

Ein guter Politiker würde versprechen, diese gesellschaftliche Entwicklung anzugehen. Ein schlechter pöbelt einfach rum.

Und (unter anderem) deswegen ist Trump kein sicherer Gewinner mehr. Denn als er zuletzt erfolglos zur Wiederwahl angetreten ist, haben Wählerinnen bereits mehrheitlich Joe Biden vorgezogen. Bei dieser Wahl können sie nicht nur jemanden wählen, der sie nicht verhöhnt und ihnen den Wert für die Gesellschaft abspricht. Dieser Jemand ist sogar selbst eine verhöhnte und unterschätzte Frau.

boeck@feuilleton.online

Foto: Julia Stix

IN DIESER AUSGABE

Literatur: Teresa Reichls Abrechnung mit Klassikern Seite 3

Interview: Richard Gere über Leben und Tod Seite 7

Krimi: Die Ahninnen von Jessica Fletcher Seite 8

Klassik: Was macht Mahler in den Rocky Mountains? Seite 19

Technologie: Chatten mit dem Jenseits Seite 20

feuilleton.online

Herausgegeben von Bernhard Baumgartner, Christina Böck und Matthias Greuling

Monatsschrift, Österreichische Post AG, MZ 23Z044041 M, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien

Das Feuilleton, Fröbelgasse 27/2, 1160 Wien



Leitartikel

Das ist keine Wahlempfehlung!

Vor entscheidenden Wahlen im anglo-amerikanischen

Raum nehmen sich die dortigen Zeitungen heraus, Partei zu ergreifen. Sprich: eine klare Empfehlung für oder gegen eine Partei oder Person zu publizieren. Das Ergebnis ist meist keine Überraschung. Treue Leser der Zeitungen brauchen keinen eigenen Artikel, um zu wissen, was die Wahlempfehlung sein wird. Wer trotz täglichen Lesens der Kommentare noch keine Ahnung hat, was die Redaktion meint, dem kann wohl auch ein Wahlartikel nicht weiterhelfen.

Hierzulande ist das ähnlich. Es ist zwar unüblich, in einem großen, wegweisenden Text eine klare Empfehlung zu geben, aber auch hier kennen die Menschen ihre Pappenheimer. Es ist auch so recht klar, wo Zeitungen wie „Der Standard“ oder der „Kurier“ stehen. Notfalls hilft ein Blick auf die tägliche Auswahl der Leserbriefe in der „Krone“, falls da noch irgendwelche Zweifel bestehen sollten.

Auch wir als Ihre neue Zeitung für Debatte, Kultur, Medien und Zeitgeschehen, die von manchen Menschen als Fortsetzung der gedruckten „Wiener Zeitung“ mit privaten Mitteln gesehen wird, halten uns an die österreichische Tradition: Wir werden keine Wahlempfehlung abgeben.

Allerdings kennen Sie, werte Leser, unsere Genesis. Sie wissen, wo wir herkommen, wofür wir stehen und welche politischen Entscheidungen dazu geführt haben, dass Sie heute diesen Text lesen. Insofern wird es niemanden überraschen, dass wir vor allem die Medienpolitik der scheidenden Bundesregierung aus mehreren guten Gründen für katastrophal halten. In diesem Land überhastet die ORF-Haushaltsabgabe einzuführen war nicht per se der Sündenfall, für den die Regierung gerne geprügelt wird. Der Kardinalfehler war jedoch, diese Abgabe einzuführen, ohne damit gleich den Medienmarkt in seiner Gesamtheit abzusichern und nicht nur den ORF. Das war eine Kurzsichtigkeit, die fast schon an Fahrlässigkeit grenzt.

Nach fünf Jahren steht wieder eine Nationalratswahl an. Dass die derzeitige Regierungskonstellation verlängert wird, scheint vom Tisch.

Mehr als 700 Millionen Euro Steuergeld weiterhin jährlich ausschließlich dem ORF zur Verfügung zu stellen, ist weder sachlich noch politisch zu rechtfertigen. Im gleichen Atemzug

den um die Existenz kämpfenden österreichischen Verlagen als kleines Almosen 20 Millionen Euro an neuer Förderung zu geben, ist angesichts der katastrophalen Lage gerade einmal eine Halbherzigkeit. Es ist nämlich so: Man muss davon ausgehen, dass die Hälfte der journalistischen Produkte aus privater Hand die kommenden fünf Jahre nicht überleben werden. Oder so zusammengespart werden, dass man sie auch gleich einstellen könnte.

Wollen wir das? Die Konsequenzen kann man schon jetzt in Zahlen fassen: 876 Journalistinnen und Journalisten waren im Juli arbeitslos – 15 Prozent mehr als 2023. Ein guter Teil des Zuwachses kam aus der gedruckten „Wiener Zeitung“, die 2023 bekanntlich ohne zwingenden Grund unter tatkräftiger Mitwirkung der Grünen eingestellt wurde. Dass man zudem zugesehen hat, wie die teilstaatliche Post zuletzt still und heimlich den reduzierten Porto-Tarif für Magazine eingestellt hat, führt nun dazu, dass selbst viele Special-Interest-Magazine sterben. Warum? Weil sie den Lesern im Jahr mehr für Porto verrechnen müssten als für das eigentliche Magazin.

Dazu kommt eine Kulturpolitik, die in keiner wahrnehmbaren Weise agiert. Und das, obwohl die Grünen mit Staatssekretärin Andrea Mayer sogar ein eigenes Regierungsmitglied für diesen nicht ganz unwichtigen Bereich stellen. Mayer wurde zwar 2020 unter Vorschusslorbeeren der Kulturszene bestellt, seitdem wurde es jedoch still um sie und man fragt sich, wo die vielen Grünen Initiativen für die heimische Kultur geblieben sind.

Das alles spricht, Pars pro Toto, nicht für eine Verlängerung eines Regierungsmandates. Dazu müsste sich seitens der Grünen und ÖVP viel ändern. Beginnend mit der Erkenntnis, dass man bei etlichem völlig falsch lag. Davon ist nicht auszugehen.



Bernhard Baumgartner ist Herausgeber von „Das Feuilleton“.



Das nächste „Feuilleton“ (Nr. 9, Oktober 2024) erscheint am Freitag, 4.10. in den Trafiken, im Handel und im Abo.



Sie können unter www.feuilleton.online ein Abo abschließen

IMPRESSUM

Das Feuilleton

Medieninhaber:
Verein zur Förderung des österreichischen Feuilleton-Journalismus (VFFJ)
Postanschrift: Fröbelgasse 27/2, 1160 Wien
ZVR: 1527887965, UID: ATU79850813, IBAN: AT69 2011 1848 9174 8300

Herausgeberin und Herausgeber:
Bernhard Baumgartner, MA, Mag. Christina Böck, Matthias Greuling, BA
Chefredaktion: Mag. Christina Böck
Co-Herausgeberinnen und Co-Herausgeber:
Severin Groebner, MSc, Julia Wagner

Ständige Kolumnistinnen und Kolumnisten:
Severin Groebner, Walter Gröbchen, Mag. Claudia Aigner, Viktoria Klimpfner

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:
Mag. Judith Belfkih, Georg Biron, Wolfgang Freitag, Mag. Klaus Huhold, Michael Jennewein, Reinhard Koller-Astleithner, Dr. Clemens Marschall, Dr. Petra Paterno, Andreas Rauschal, Dr. Heide Schmidt, Martin Reiterer, Mag. Uwe Schögl, Andreas Tesarik, Julia Wagner, Dr. Ingeborg Waldinger
Fotoredaktion: Robert Newald, Katharina Sartena
Lektorat: Dr. Barbara Giller

Verlagsort: Wien

Grafik, Layout und Design: Matthias Greuling Werbeagentur, 2340 Mödling

Druck: Styria Print Group, Styriastraße 20, 8042 Graz

Einzelpreis: 5,90 Euro inkl. 10%UST
„Das Feuilleton“ erscheint in Print zehn Mal im Jahr.
Jahresabo: 60 Euro inkl. 10%UST
Bestellungen: abo@feuilleton.online
Telefon: 0664 / 996 040 39, from abroad: +43 664 996 040 39 (Mo, Mi, Fr von 14-16h)

Website: www.feuilleton.online, Mail: office@feuilleton.online

Die Offenlegung gem. §25 Mediengesetz ist ständig hier abzurufen:
www.feuilleton.online/kontakt/impressum-datenschutz
Gefördert durch die Wirtschaftsagentur Wien. Ein Fonds der Stadt Wien.

Die rote Linie

Diese Kolumne ist für IHN erfunden worden!

Die Rede ist natürlich von Richard Lugner. Der Mann, der im August hochbetagt verschieden ist und dem der Boulevard sozusagen bis weit nach seinem Tod den Teppich ausgerollt hat, hat eine Lücke hinterlassen. Baumeister und Shopping-Mall-Besitzer, Medienliebling und Charmeur der alten Schule, aber mindestens so grantig, wie einen ein zu saures Soda Zitron macht. Für genau diesen Herren wurde eine Kolumne wie „Die rote Linie“ erfunden. Weil Richard Lugner selbige nämlich im Dauerzustand übertreten hat. Und dabei recht scharf anmerken konnte: „Was peinlich ist, entscheide ich selbst“.

Aber wie macht man das? Wie inszeniert man sein Leben vor den Kameras des Unterschichten-Fernsehens als permanente Gaudi-Show? Wie wird man zum Mister Opernball, der seit Dekaden die berühmtesten und auch die berühmtesten Gäste nach Wien zerrte? Wie kann man es sogar als Bundespräsidentchaftskandidat aus dem Stand auf über zehn Prozent bringen? Das WIE war dem Lugner egal (schon

wieder eine rote Linie), die Hauptsache war: Es kostet ihn nix. „Stellen Sie sich vor, die Medien berichten nicht mehr über mich. Dann müsste ich den ganzen Platz in den Zeitungen und im Fernsehen ja kaufen!“, hat er gern gesagt. Also machte Lugner lieber die Show zum Fremdschämen. Was peinlich ist, bestimmte er selbst, tatsächlich.

Die Beobachtungen im Post-Mörtel-Zeitalter sind ernüchternd: Während der Boulevard sich weit über den Tod hinaus von Lugner in seinen Klauen halten lässt (das Begräbnis, der Erbstreit), ahnt er bereits, dass dieser Herr ein beträchtliches Loch ins Geschäftsmodell der bunten Klatschpresse gerissen hat. Was kommt jetzt? Wer füllt die Lücke?

Lugner-Tochter Jackie hat angekündigt, alles im Sinne des Vaters fortführen zu wollen. Die Gene dazu hat sie vom Papa. Jetzt muss sie sich nur noch trauen, sämtliche rote Linien zu überschreiten. Dann ist die Dynastie gerettet.

Wir ziehen den Hut! Adieu, Richard Lugner.

MATTHIAS GREULING



„Goethe war ein Riesen-Arsch“

Teresa Reichl war schon in der Schule ein Literatur-Nerd. Heute hat sie als Kabarettistin eine Karriere daraus gemacht. Bekannt wurde sie mit ihren TikToks und Büchern über deutsche Klassiker und ihrem feministischen Blick auf die alten weißen Männer des Literaturkanons. Ein Gespräch über große Dichter – und ihre noch größeren Egos.

JULIA WAGNER

Das Feuilleton: Hat es Sie schon immer gestört, dass es kaum Frauen im deutschen Literaturkanon gibt?

Teresa Reichl: Ich dachte selbst lange, es gibt nichts außer den großen Klassikern. Alles andere ist niedere Literatur. Im Germanistikstudium wurden ein paar Autorinnen am Rande erwähnt. In einem Seminar über Aufklärung ging es um Gottsched und seine Dramen. In einem Satz stand, dass die meisten Werke seine Frau geschrieben hat. Da wollte ich mehr wissen. Meine Dozierenden meinten, da gebe es nichts. Also habe ich angefangen zu recherchieren – und ja, es gibt interessante Frauen wie Luise Gottsched, Sophie von La Roche oder Bettina von Arnim.

War das Ihre Motivation für Ihr Kabarett und Ihre TikToks?

Mein Antrieb war ursprünglich, dass ich mir wahnsinnig dumm vorgekommen bin an der Uni. Wegen meinem Dialekt und weil ich aus einem Arbeiterhaushalt komme. Mein Dad ist Treppenbauer, meine Mama Bürokauffrau. Ich bin nicht mit klassischer Literatur aufgewachsen. Ich kannte die Fachbegriffe nicht, kann kein Latein oder Griechisch. Ich wollte aber, dass jemand so über Literatur redet, dass ich es verstehe. Ich musste für Seminare Referate halten, die ich selbst nicht verstanden habe. Und das hat mich genervt.

Man kommt sich selbst schnell dumm vor, wenn man einige Klassiker eher fad findet...

Ich finde, dass die Deutschen das noch besser können als die Österreicher. Wir sind so wahnsinnig stolz auf unsere Dichter und Denker. Wenn ich sage, ich mag einen Klassiker nicht, dann kommt immer ein Kommentar von so einem Hans Peter: „Dann hast du es nicht verstanden.“ Doch ich habe es verstanden, ich finde es trotzdem nicht gut.

Mit welchem Klischee muss man noch aufräumen?

Viele Klassiker waren nicht unbedingt hohe Literatur, als sie erschienen sind. „Die Leiden des jungen Werther“ waren vom Skandal-Level ungefähr gleich mit „50 Shades of Grey“. Aber weil die Sprache schwülstig klingt und weil viel reininterpretiert wird, gelten sie als solche. Alles von Shakespeare war Unterhaltung. Er wollte nicht die große Literatur schreiben, er hat einfach ein Stück nach dem anderen rausgeballert, weil er

Geld verdienen musste. Genau so Büchner. Auch Lessing war ständig pleite und hat deswegen viel geschrieben. Die meisten Sachen waren auch irgendwo Unterhaltung und das hat man über die Zeit vergessen. Das ist schade.

Ihre Videos haben es auch schon in den deutschen Unterricht geschafft. Wie viele Jugendliche haben Sie davor bewahrt, „Die Marquise von O.“ lesen zu müssen?

Das ist mein Lebenswerk. Das Buch kommt in meinem Video über „Overrated Klassiker“ vor, ebenso „Effi Briest“. Wenn Jugendliche wissen, worum es geht, können sie ihren Lehrkräften sagen, dass sie kein Buch lesen wollen, wo eine Frau ihren Vergewaltiger heiraten muss. Deutschlehrer sind heute ja sehr verzweifelt, die freuen sich über jedes Engagement.

Was ist Ihr Problem mit „Effi Briest“?

Ich finde es stinklangweilig. Okay, Geschmackssache, aber was mich ärgert, ist, dass dieses Buch im Lehrplan benutzt wird, um über Frauen und ihr Leben in dieser Epoche zu sprechen. Und dann liest man das Buch von einem Typ Mitte 60. Das ergibt für mich keinen Sinn. Ich werde noch wütender, wenn man den 2. Weltkrieg behandelt und dann in der Schule „Der Junge im gestreiften Pyjama“ liest und nicht das „Tagebuch der Anne Frank“. Warum das Buch von dem Iren, der nicht dabei war?

Was lernt man als Jugendlicher, wenn man heute einen Klassiker wie „Faust“ liest?

Ein Literaturklassiker ist ein Werk, das nicht aufhört zu sagen, was es zu sagen hat. Egal, wie alt es ist. Es ist oft schwierig, zu dieser Kernaussage zu kommen, weil man sich durch die alte Sprache und Geschichte kämpfen muss. Aber ich bin noch immer der Auffassung, dass „Faust“ eines der wich-

tigsten Werke in der deutschen Literaturgeschichte ist. Es geht vor allem darum, wie weit ich gehe, um glücklich zu sein – diese Frage ist brandaktuell. Wenn der Teufel zu mir sagt „Ich kann alles tun, was du willst, um dich glücklich zu machen“, dann würde ich auch Scheiße bauen. Okay, ich würde keine 14-Jährige schwängern wie Faust.

Die Gen Z würde heute sagen, „Faust“ ist ein Stück über toxische Männlichkeit und der Typ eine echte Red Flag. Ist das wirklich noch zeitgemäßer Stoff für Jugendliche?

Aber darum geht es ja. Gott sagt zum Teufel, Faust ist ein guter Typ, den kriegst du nicht. Und sogar Faust, der laut Gott die Krone der Schöpfung ist, wird zum Riesen-Wichser, wenn er ihm die Macht dazu gibt. Das ist wahnsinnig interessant. Faust ist dazu da, dass man sich über ihn ärgert, weil es ihm nur um sich selbst geht. Ich kann „Faust“ als Stück grandios finden, gera-

de auch weil er ein Wichser ist. Es ist das erste Mal in der deutschen Literaturgeschichte, dass wir dieses persönliche Streben nach Glück haben. Wenn man der Sekundärliteratur glaubt, ist Faust der erste moderne Mensch in einem deutschen Drama. Und das ist schon ein Riesending.

Sie sind ein großer Fan von Goethes Schwester, Cornelia Schlosser. Warum gibt es von ihr nur ein paar Briefe zu lesen?

Schuld ist Goethe. Er hat ihr Talent erkannt. Es gibt einen Brief an sie, in dem er schreibt: „Ich könnte nicht lernen, was dir von Natur aus gegeben ist. Bitte keine solchen Briefe mehr.“ Dann hat er sie alle verbrannt – und sie ignoriert. Mit seiner Mutter hat er übrigens dasselbe getan. Ein Riesen-Arsch. Goethe hatte ein massives Ego-Problem. Nicht nur Frauen gegenüber, sondern auch gegenüber Schiller.

Darf man das sagen, Goethe war ein Arsch?

Kommt darauf an, wen man fragt, ich finde schon.

Lassen Sie uns über Ihre andere liebste Hassfigur sprechen, Thomas Mann. Was mögen Sie nicht, die Person oder das Werk?

Beides. Er war wahnsinnig eingebildet und hat sich immer dargestellt als jemand, der missverstanden wird und nicht die Anerkennung bekommt, die er verdient hat – auch nachdem er den Literaturnobelpreis bekommen hatte. Spätestens da kaufe ich es ihm nicht mehr ab. Dieses Selbstbezogene ist in allen seinen Werken. Das kannst du irgendwann nicht mehr weglesen. Er hat seine Tagebücher erst 150 Jahre nach seinem Tod freigegeben. Wie viel Ego muss man haben, dass man denkt, das interessiert dann noch wen?

Mit unserem Blick von heute ist „Tod in Venedig“ auch ein eher schwieriges Buch ...

Das war damals auch schon eklig. Und wenn ich daran denke, dass das das einzige queere Werk war, das ich in der Schule gelesen habe, ein Ü50-Typ, der sich in einen Minderjährigen verknallt, cringe.

Wie viel Literatur steckt in Ihrem neuen Kabarett, mit dem Sie im Oktober nach Wien kommen?


Ich sage nur so viel, es wird ein Heldinnen-Epos. Wenn ich schon 90 Minuten Zeit habe, dann will ich auch den Literatur-Nerd raushängen lassen. 



Foto: Lolografie

Info: Teresa Reichl spielt am 3.10. in der Kulissee, Wien. Ihr aktuelles Buch heißt „But Make It Classy! – ein feministisches Close-Up deutscher Literatur“ (Carlsen Verlag)

Demokratie braucht Demokraten – und umgekehrt

Wenn bestimmte Gruppen nicht mehr wählen gehen, weil sie sich im Parlament nicht vertreten fühlen, führt das zu einer Schieflage.

MICHAEL JENNEWEIN

Das Superwahljahr 2024, in dem fast alle wichtigen Demokratien der Welt auf nationaler Ebene wählen, geht in sein letztes Drittel. Österreich richtet bald alle Aufmerksamkeit auf den 29. September und die Frage, ob eine rechtsradikale Partei zum ersten Mal bei Nationalratswahlen auf den 1. Platz kommt und möglicherweise den Kanzler stellt. Ein gutes Monat später steht die wohl wichtigste Wahl unter den Demokratien der Welt an: Die US-Präsidentenwahl. Auch hier unter ähnlichen Vorzeichen: Bekommt der Rechtspopulist Trump eine zweite Chance und Gelegenheit, dort weiterzumachen, wo er am 6. Jänner 2021 bei der Erstürmung des Kapitols aufgehört hat? Doch woran liegt es, dass unsere Demokratien so anfällig gegenüber autoritären Ansinnen sind?

WELCHE DEMOKRATIE?

Einerseits antworten in quasi allen seriösen Umfragen meist über 80 Prozent der Menschen, dass sie die Demokratie als das relativ beste Modell erachten. Wenn man dann nachhakt, kommt allerdings zum Vorschein, dass was unter Demokratie verstanden wird, oft nur einen Teil dessen ausmacht, was in einer liberalen Demokratie tatsächlich erforderlich ist. Fast alle sehen ein, dass es dafür regelmäßige Wahlen geben muss. Wahlen müssen aber nicht nur stattfinden, sondern auch fair sein: Dass es dafür gewisse Grundrechte wie Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit braucht, sehen viele der Demokratie-Anhänger nicht mehr zwingend als so wichtig an. Nochmal weniger Wissen und Zustimmung gibt es für die Notwendigkeit einer effektiven Gewaltenteilung, insbesondere, was die Unabhängigkeit der Justiz und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit betrifft, damit eine Regierung nicht übermäßig mächtig im Land werden kann und die institutionellen Spielregeln für den langfristigen Machterhalt ändert. Umso bedenklicher ist es, dass die Bereitschaft, als weniger wichtiger angesehene Elemente der Demokratie zu „opfern“, wenn damit die bevorzugte Politik umgesetzt wird, quer

über alle Wählerschichten stark ausgeprägt ist. Vor die Wahl gestellt, ob sie auch Politiker unterstützen würden, die ihre präferierte Politik umsetzen, aber dafür anti-demokratische Mittel wie die Disziplinierung von unliebsamen Richtern oder Journalisten verwenden, entscheiden sich viele für ihre bevorzugte Politik – und damit gegen die Demokratie.

PLAYBOOK DER POPULISTEN

Rechte Populisten wie Herbert Kickl wissen um diese Umstände. Sie inszenieren sich als die wahren Demokraten mit dem Ziel, die liberalen Elemente der Demokratie zu schwächen. Viktor Orbán hat in seiner Grundsatzrede 2014 in Baile Tusnad diese illiberale Version der Demokratie als Ziel ausgeschrieben und sie seitdem erfolgreich verfolgt. Und Kickl nennt in Interviews die Demokratie à la Orbán als sein Vorbild. Man akzeptiert auch Wahlen, aber will die Macht der eigenen Partei gegenüber demokratischen Institutionen, politischen Mitbewerbern sowie unliebsamen Bürger:innen möglichst einzementieren. Deshalb ist die Vorgehensweise der Anti-Demokraten im demokratischen Gewand auch immer die gleiche: Zuerst eine Schwächung und parteipolitische Unterwanderung der Justiz, danach eine Einschränkung der Grundrechte vor allem

für Minderheiten sowie der unabhängigen Medien im Wissen, dass eine geschwächte Justiz diesen Einschränkungen nur unzureichend Einhalt gebieten kann. Wahlen

werden dabei weiter abgehalten, denn alles andere würden die Wähler:innen als undemokratisch empfinden. Die gesellschaftliche Umgestaltung ist dann erreicht, wenn die Wahlgesetze so angepasst sind, dass der eigene Machterhalt auch dann gesichert ist, wenn die Zustimmungsraten einmal fallen. Orbán ist auch hier wieder Vorbild: Dort reichen der Regierungspartei knapp 45 Prozent der Stimmen für eine Zwei-Drittel-Verfassungsmehrheit im Parlament.

Indes sinkt die Wahlbeteiligung nicht nur in Österreich kontinuierlich, sondern überall. Dabei sind es vor allem bestimmte Gruppen, die nicht mehr wählen gehen: Menschen aus dem untersten Einkom-



Foto: Robert Newald

mensdrittel und Personen, die in nicht-akademischen Berufen tätig sind, sowie die Jungen. Wenig überraschend sind es auch genau diese Gruppen, die am wenigsten im Parlament repräsentiert sind. Beispielsweise waren im scheidenden Nationalrat nur 8 Prozent der Parlamentarier:innen vor ihrem Eintritt in einem Arbeiter:innenberuf. Zwar ist es an sich kein Problem, dass das Parlament kein 1:1 Spiegelbild der Gesellschaft ist, sofern dort alle Interessen gleichermaßen vertreten sind. Aber auch hier zeigt sich eine Schieflage, wie Forschungen etwa aus Deutschland und den USA zeigten: Vor allem wenn Präferenzen der unterprivilegierten Schichten von denen der oberen Hälfte der Bevölkerung abweichen, werden kaum zugunsten erster Gesetze erlassen. Es ist daher wenig verwunderlich, dass die Antwort vieler Menschen eher

ernüchternd ausfällt, wenn sie dazu befragt werden, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert. Doch gewünscht wird nicht ein starker Führer und weniger Mitsprache, sondern mehr Mitsprache und andere Formen davon. Bürgerräte wie etwa der Klimarat sind dabei zu begrüßen, da sie die Möglichkeit bieten, sich auch abseits der Wahlurne demokratisch zu beteiligen, ohne direkt für ein politisches Amt kandidieren zu müssen.

DEMOKRATIE ÜBEN

Demokratien brauchen Demokraten. Der Ausspruch von Friedrich Ebert, dem ersten Präsidenten der Weimarer Republik, dass die „Demokratie Demokraten braucht“, trifft also weiterhin zu. Demokratie muss geübt sein, denn es ist nicht unser Reflex, die Demokratie vor parteipolitische Interessen zu stellen. Vor allem Anhänger

und Mitglieder selbst ernannter staatstragender Parteien sollten sich darauf besinnen, wenn sie nicht als Handlanger autoritärer Projekte enden wollen. Demokratien brauchen eine Wählerschaft, die die demokratischen Spielregeln versteht und an der Wahlurne verteidigt – auch wenn das in der Praxis bedeutet, dass ihre Demokratie langsamer funktioniert und inhaltliche Kompromisse eingegangen werden müssen. So kontraintuitiv es für viele klingen mag, das ist ihre Versicherung gegenüber der schnellen autoritären Übernahme.

Michael Jennewein ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Demokratie und Wirtschaft im Projekt „Demokratie der Zukunft“ der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien tätig. Seine thematischen Schwerpunkte liegen in den Feldern Ungleichheit & Demokratie und Rechtspopulismus.



Wir sind Demokratie

Foto: Robert Newald

Nicht wählen zu gehen ist keine Lösung und nimmt uns das Heft des Handelns aus der Hand.

HEIDE SCHMIDT

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ So lautet Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Wenige Tage nachdem ich geboren wurde, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen sie beschlossen. Es war eine Reaktion auf die Unsäglichkeiten, die Menschen in den Jahren davor begangen und zugelassen hatten. Beginnend mit einer bürokratischen Dehumanisierung über systematische psychische und körperliche Quälerei bis zum Krieg. Millionen Menschen wurden ermordet, getötet.

Ich kann das nicht nur als unsere Geschichte einordnen. Ich nehme es auch als Teil unserer gegenwärtigen Gesellschaft wahr, weil mir bewusst ist, dass alle Erwachsenen, mit denen ich aufgewachsen bin, diesen Wahnsinn miterlebt und danach ein Leben weitergeführt haben, aus dem für mich nur in Ausnahmefällen ihre Vergangenheit ablesbar war. Ich habe das Verhalten der Menschen wahrgenommen, wie ich es auch heute beobachte, und doch hatten sie gerade erst Unmenschlichkeiten unbegreifbaren Ausmaßes erlebt, geduldet, mitgetragen und begangen. Die meisten von uns fragen sich seither, wie in kultivierten, demokratischen Ländern wie Deutschland und Österreich eine solche Entwicklung möglich war. Wann und wodurch etwas begonnen hat, das möglich gemacht hat, auf gesetzlichem Weg eine rassistische Gesellschaftsordnung zu beschließen, existenzbedrohende Diskriminierung zu etablieren, Angst und Denunziation als selbstverständliche Mittel zur angestrebten Neuordnung des Systems einzusetzen. Nichts davon geschah im Geheimen. Die unter die Leute gebrachte Begründung, dass eine Gruppe in der Bevölkerung unzulässigerweise mehr habe, als ihr zustehe, und dass sie sich darüber hinaus



durch ihre zugeschriebenen Charaktereigenschaften, Traditionen, gar Aussehen von der Mehrheit unterscheidet, entfaltet in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit eine Wirkung, die schließlich alle Grenzen sprengt. Wie konnte ein solcher Ungeist mehrheitsfähig werden? Wie fühlten sich Menschen, die trotz aller ihrer Arbeit nachgehen, ins Konzert gehen, lieben, lachen, genießen konnten, in dieser Gesellschaft? Und wie

konnten dieselben nach dem Krieg, in der Zeit, in der ich aufwuchs, einen so „normalen“ Eindruck machen? Weil die Verdrängung als tauglichstes Überlebensmittel empfunden wurde? Oder weil die Ereignisse historisiert und kollektiviert wurden und damit die jeweils individuelle Verantwortung – vermutlich bewusst – viel zu wenig Thema war? Nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch für den Staat wurde damit manches einfacher. Dass das Verdrängen, Abschieben von Verantwortung und die Lebenslüge damit quasi offiziell anerkannte Verhaltensweisen wurden, nahm man in Kauf. So war es leichter, sich dem eigenen Verhalten nicht stellen zu müssen, selbst vor dem eigenen Gewissen konnte man sich so in der Menge verstecken.

JEDER EINZELNE ZÄHLT

Diese Gedanken sollen nicht nur als historischer Diskurs verstanden werden. Sie betreffen vielmehr meine politische Grundüberzeugung: Es kommt auf jede(n) Einzelne(n) von uns an. Das ist der Kern des Systems Demokratie, der Lebensform Demokratie und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Gesellschaftliche Entwicklungen mögen mit Wirtschaftsdaten, geografischen Gegebenheiten, klimatischen Bedingungen, Kriegen, Religion und anderem erklärt werden – wie mit diesen Umständen umgegangen wird und welche Lebensqualität oder welches Unheil sich daraus ergibt, bestimmt immer der Mensch; es gibt kaum eine Automatik, die nicht vom Menschen beeinflussbar wäre.

Geschichte und Gegenwart beweisen es: Der oder die Einzelne kann die Richtung einer Gesellschaft (mit)bestimmen, jede Mehrheit setzt sich aus vielen Einzelnen zusammen. Und doch erfährt der Satz „auf mich kommt's nicht an“ eine immer größere Verbreitung. Dabei richtet sich jede Wahlwerbung an uns als Einzelne und fordert damit unsere individuelle, eigenverantwortliche Reaktion heraus. Wir nehmen – zu oft unreflektiert – Informationen auf, die unsere individuellen Schlussfolgerungen bestimmen. Das gesellschaftliche Verhalten, das daraus entsteht, ist maßgeblich für die Politik, die die Spielregeln beschließt, an die wir alle uns zu halten haben. Wieso schätzen so viele Bürger:innen die Gestaltungsmacht durch ihr Wahlverhalten so gering, dass sie nicht wählen gehen? Desinteresse und Enttäuschung sind sicher zwei von mehreren Erklärungen, doch kann man wirklich reinen Gewissens das Feld den Zornigen überlassen, die aus Unzufriedenheit das „alte System“ zerstören wollen, ohne zu bedenken, wie denn ein neues aussähe und was das für die Menschen bedeuten würde? Das Recht des Stärkeren darf sich nicht wieder etablieren und da wir wissen – in der Fehleinschätzung, sie würden zu den Gewinnern gehören – dass viele dieses politische Prinzip wählen, müssen wir dagegenhalten.

Die sich verändernde Welt setzt die Demokratie unter Druck. Sie hat Erfolgsgeschichte geschrieben, aber nun sind Kippunkte erreicht. Die Ausbeutung der Natur mit existenzrelevanten Auswirkungen auf das Klima und ein grenzenlos entfesselter globalisierter Kapitalismus sind nur zwei Beispiele von vielen. Doch nicht das System Demokratie ist daran schuld, sondern wie egoistisch und verantwortungslos wir es einfach benutzt haben. Wir müssen uns daher wieder auf ihre Stärken besinnen und diese den neuen Gegebenheiten anpassen. Die professionelle Wortschöpfung der „illiberalen Demokratie“ durch Viktor Orbán ist keine Lösung, sondern bedeutet ihre Abschaffung, wie er seit seinem bemerkenswerten Wahlsieg vor 14 Jahren konsequent vorexerziert. Politische

Beobachter erkennen in den dortigen öffentlich-rechtlichen Medien inzwischen gleichgeschaltete machtpolitische Propagandainstrumente, der Staats- und Justizapparat wurde mit parteiloyalen Personen besetzt, die Politik setzt vor allem auf negative Emotionen und arbeitet vornehmlich mit Feindbildern, seien es Eliten, seien es Migrant:innen. Die österreichische Schwesterpartei tut das eine bereits, für das andere fehlt ihr noch die Mehrheit. Sie tut das übrigens durchaus ehrlich: Sie erklärt die Orbán'sche Politik zu ihrem Vorbild. Ungarn ist nicht das einzige Beispiel in Europa. Schauen wir nach Polen vor seinen befreienden letzten Wahlen, schauen wir in die Slowakei. Und die Erinnerung an den Sturm aufs Kapitol mit fünf Toten und zahlreichen Verletzten, bei dem sogar ein gewählter Präsident die Hände im Spiel hatte, macht nicht nur die Verantwortung des Wählens, sondern auch die Verletzlichkeit der Demokratie deutlich.

Man mag Parteiprogramme ernst nehmen oder nicht, aber sie enthalten Zielvorstellungen und drücken damit eine Haltung aus. Daraus ergeben sich sehr unterschiedliche Gesellschaftsvorstellungen, die zu verhandelnder Kompromisse bedürfen. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass in jeder Koalition Platz sein muss, damit die Parteien ihren Markenkern sicht- und spürbar machen können. Was aber ist von nationalistischer Politik zu erwarten? Nicht nur das Gemeinwohl, schon viel zu lange nicht mehr öffentliches Thema, würde eine Neudefinition erfahren.

Es ist eine Realität, ja nahezu Plattitüde: Wir haben Reform- und Weiterentwicklungsbedarf. Noch ist die Richtung nicht vorgegeben. In Österreich wird sie am 29. September und in den darauf folgenden Koalitionsverhandlungen entschieden.

Heide Schmidt war 1990 bis 1994 die erste Dritte Nationalratspräsidentin. Nach 20 Jahren in der FPÖ trennte sie sich von der Partei aus Anlass des „Ausländer-Volksbegehrens“. Sie war 1993 Mitgründerin des Liberalen Forums, 1998 trat sie bei der Bundespräsidentenwahl an. 2008 erklärte sie ihren Rückzug aus der Politik.

Foto: Gianmaria Gava